

Christiane Leidinger (Berlin)

Kontroverse Koalitionen im politischen Laboratorium Camp – antimilitaristisch-feministische Bündnisse und Bündnisarbeit als kontingente, soziale Prozesse¹

Die ersten der elf „Frauenwiderstandscamps“ im Hunsrück (BRD), die seit 1983 stattfanden, waren erstaunlich weitgreifende politische Bündnisse von Feministinnen gegen Militarismus und Männergewalt. An deren Beispiel lässt sich die für Koalitionen notwendige gemeinsame Bündnisarbeit (u.a. Entwicklung von Verfahren zur Konfliktlösung als Teil eines institutionellen Arrangements) im Rahmen eines kontingenten sozialen Prozesses verdeutlichen. Dabei stellt sich heraus, dass politisches Camping mehr ist als ein Mittel zum Zweck eines Vor-Ort-Protests, da sich das Zusammenleben auf den Camps in verschiedener Hinsicht als Bündnismotor erweist. Hier zeigt sich die strukturelle Signifikanz von Camps als offenes, politisches Laboratorium, als Utopieforum, als temporäre, reflexive Organisations-, Mobilisierungs-, Partizipations-, Handlungs- und Protestformen – auch und gerade für politisch breite Bündnisse. Die frühen Frauenwiderstandscamps im Hunsrück weisen spezifische (auch feministische) Kennzeichen und Kriterien auf, die mit den bestehenden bündnistheoretischen Überlegungen bislang nicht oder nicht hinreichend beschrieben werden konnten.

Keywords: soziale Bewegungen, politisches Handeln, Bündnis, Protestcamp, Antimilitarismus, Feminismen
social movements, collective action, coalition, protest camp, antimilitarism, feminisms

Gleichwohl die Begriffe „Bündnis“ und „Bündnispolitik“ in den Debatten linker Bewegungen selbstverständlich verwendet wurden und werden (vgl. z.B. in feministischen Kontexten: Fischer 2007, 313; Interventionistische Linke 2008; Genschel 2010), sind sie ebenso wie die realen disparaten Bündnispraxen bislang im deutschsprachigen Raum wenig wissenschaftlich reflektiert.

Auch die alten und neuen Frauenbewegungen können auf vielfältige politische Bündnisse zurückblicken, die ebenfalls kaum Gegenstand von Forschungsarbeiten sind. In der Bundesrepublik Deutschland wurden feministische Bündnisse und Bündnispolitik explizit in der Auseinandersetzung um „Differenzen“ bzw. „Unterschiede“ im Kontext von Herrschaftsverhältnissen wie insbesondere Antisemitismus und Rassismus auch *innerhalb* der Frauen- und Lesbenbewegung gefordert und problematisiert. Spätestens im Laufe des Jahres 1990 etablierte sich in der BRD der Begriff „Bündnispolitik“, vorher war von „Zusammenschlüsse[n]“ (Lorde 1991, 101) die Rede.² Zentrale Impulse und explizite Forderungen dazu kamen aus den USA, vor allem von schwarzen Feministinnen wie Audre Lorde (1991 [1986; 1981]) und Bernice Johnson Reagon (1983). Der von Lisa Diane Albrecht und Rose M. Brewer herausgegebene Sammelband *Bridges of power: women's multicultural alliances* (1990) wurde auch in der Frauen- und Lesbenbewegung

der BRD rezipiert. Wissenschaftlich wurden diese Debatten und die Bewegungspraxen jedoch bislang wenig empirisch oder theoretisch reflektiert.³

Ein eigenes Gewicht kommt dem Thema Bündnis(politik) derzeit in einem weitgehend anderen Zusammenhang, im Rahmen der Rekonstruktion der Kämpfe für eine gerechte Globalisierung zu. Betont wird dabei insbesondere die Vielfalt der mobilisierten AkteurInnen mit ihren „tolerant identities“ (della Porta 2004) und die Breite der Palette politischer Perspektiven. Die globalisierungskritischen Bewegungen mit zurückliegenden sozialen Bewegungen vergleichend, wird auf die „broad coalitions“ in der Mobilisierung für den Frieden in der BRD der 1980er-Jahre hingewiesen (Rucht/Teune/Yang 2007, 160f.; vgl. Hathaway/Meyer 1994, 166; Wittner 2003). Eine der zentralen Regionen, in der diese politisch breit angelegten Friedensaktivitäten stattfanden, war der Hunsrück. Darunter waren die heute fast in Vergessenheit geratenen feministisch-antimilitaristischen Proteste. In den Sommermonaten der Jahre 1983 bis 1993 lebten, diskutierten und protestierten bis zu 2000 politische Camperinnen in Reckershausen im rheinland-pfälzischen Hunsrück zwischen vier und acht Wochen lang gegen Militär, Rüstung und Männergewalt gegen Frauen, Lesben und Mädchen.⁴ Anlass war die im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses 1979 geplante (und schließlich auch durchgeführte) Stationierung von 96 Cruise Missiles im Hunsrück sowie die besondere Militärdichte in der Region mit ihren vielfältigen Folgen für Menschen und Umwelt (vgl. Leidinger 2010b; 2010d).

Bemerkenswerten und experimentellen Charakter hatten diese „Frauenwiderstandscamps“ in den ersten Jahren vor dem Hintergrund des politisch sehr breiten links-alternativ-feministischen Bündnisses und der aus diesem hervorgehenden Politik, insbesondere in den *ersten* Jahren: Die zumeist weißen und oft lesbischen Teilnehmerinnen kamen vor allem aus den verschiedenen Flügeln der Frauenbewegung und der Lesbenbewegung sowie der (Frauen-)Friedensbewegung, aber auch aus der linksradikalen autonomen Bewegung, der Anti-AKW-Bewegung, der HausbesetzerInnenbewegung, der Bewegung gegen die Startbahn West in Frankfurt am Main, aus den Zusammenhängen der Anti-ImperialistInnen (Anti-Imps), dem Verein der Verfolgten des Nazi-regimes (VVN) sowie aus anderen antifaschistischen Gruppen und hatten bereits Erfahrungen im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) oder anderen Organisationen gesammelt. Vereinzelt gehörten sie während oder vor der Zeit der Camps linken politischen Parteien an.

Das zentrale Ziel dieses Textes besteht darin, vor dem Hintergrund zusammengeführter theoretischer Überlegungen zu Bündnissen, die Entstehungsphase der anfänglich (bis ca. 1985/87)⁵ breiten Koalition, die Bündnisarbeit und deren Prozesshaftigkeit zu untersuchen. Dabei werden neue, spezifische Kennzeichen von Bündnissen im Kontext Camp wie auch der feministische Charakter herausgearbeitet. Im Ergebnis wird die Vieldimensionalität dieser Bündnisstrategie analysiert, politik-theoretisch konturiert und in der Denkfigur von Camp-Bündnissen als politische Laboratorien begrifflich zugespitzt.

Als empirisches Material liegen dem Text die Auswertung von zwei kleinen, explorativen qualitativen Befragungen zugrunde: eine vorbereitende 19-seitige Fragebogenaktion (2009/2010; N = 13 vgl. Leidinger 2010d) und ein mehrstündiges narratives Gruppeninterview (2010)⁶ mit neun weißen Frauen, die auch an den ersten Camps teilgenommen bzw. diese mitorganisiert hatten, weitere Informationen von Zeitzeuginnen, Quellenanalysen von Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln und anderen Texten sowie Bild-, Film- und Tonmaterial. Diese verschiedenen Quellen wurden insbesondere nach der TeilnehmerInnen- und Organisationsstruktur, Bündnispolitik, Regularien, Konflikten und Lösungsstrategien sowie nach Protest- und Widerstandsformen befragt und ausgewertet.

1. Begriffliche Annäherungen und theoretische Überlegungen zu Bündnissen und Bündnispolitik

Die bundesdeutsche Frauen- und Lesbenbewegung hat zwar verschiedengestaltige Bündnisse geschmiedet, diese wurden jedoch bislang kaum wissenschaftlich theoretisch oder empirisch analysiert. Daher wird im Folgenden auf bestehende bündnistheoretische Überlegungen aus Philosophie, Politik- und Sozialwissenschaften rekurriert, um sich diesem komplexen Phänomen im Allgemeinen und im Kontext der Hunsrück-Camps im Besonderen zu nähern.⁷

Cornelia Hildebrandt begreift Bündnisse als einen „zentrale[n] Bestandteil des Politischen“, weiter gehend sogar als „Schlüsselmedium der Politik“ (Hildebrandt 2007, 36f.). „Linke Bündnisse“, so die Philosophin, sind „ihrem Anspruch nach eine Verbindung auf gleicher Augenhöhe, die von der Freiheit der Andersdenkenden leben und in denen niemand instrumentalisiert wird“.⁸ Joachim Raschke versteht unter einem Bündnis, unabhängig von seiner politischen Ausrichtung, ein „koordinierte[s] Zusammenwirken selbständiger, aber konvergierender politischer Kräfte“ (Raschke 1987, 339, 341). Allianzen sind für ihn ähnlich wie für Hildebrandt Teil der strategischen Überlegungen von Bewegungen; deren Scheitern stehe durchaus in einem Zusammenhang mit den „Schwächen ihrer Bündnispolitik“ (Raschke 1987, 339, 341).

Im Vergleich zur tendenziell eher lockeren und flüchtigen, oftmals pragmatischen „Koope-ration“ als einer anderen Form sozialer Beziehung (vgl. Scheiffle 2007) handelt es sich bei linker Bündnispolitik um ein Bedürfnis nach Zusammenschluss und zwar mit dem Ziel, aus eigener *und* aus der Kraft der anderen aktiv zu werden – meist auf der Grundlage einer sozialen Gemeinsamkeit; nötig sind geteilte Symbole, Ziele und Handlungen (vgl. Hildebrandt 2007, 36f.), die an Interessen sowie individuellen und kollektiven oder feministischen politischen Identitäten anknüpfen. Dieser identitäre Aspekt unterscheidet soziale Bewegungsprozesse und Bündnispolitik zudem von koalitionärem kollektiven Handeln allgemein (vgl. dazu Diani/Bison 2004).

Als Kennzeichen von emanzipativer Bündnispolitik nennt Cornelia Hildebrandt (2007, 36f.): Netzwerkpolitik, politische Gleichheit, zumeist eine soziale Gemeinsamkeit, Vielfalt, Pluralität als „wichtigstes Potenzial“ im Sinne eines sozialen und kulturellen Kapitals zur Mobilisierung auf zwei Ebenen: der breiten Adressierung und ebensolchen Aktivierung zum politischen Handeln. Raschke verweist des Weiteren für bewegte Bündnisse allgemein als „wesentliche[n] Elemente“ auf die „Autonomie“ der PartnerInnen sowie auf „zweckgebundene Interaktion und Zielkonvergenz (verstanden als Tendenz einer, wenn auch nur bereichsweiten Zielnäherung)“ (Raschke 1987, 339).

Ob Bündnisse handlungsfähig sind, ist davon abhängig, ob es ihnen gelingt, „Minimal-konsense“ – „das verbindende ‚Nein‘“ auszuhandeln sowie sich über „Wege und Formen des gemeinsamen Handelns“ zu verständigen (Hildebrandt 2007, 36f.). Dazu gehört auch, die „Grenzen“ der inneren Vielfalt des Bündnisses in der gemeinsamen politischen Auseinandersetzung zu bestimmen. Für diese Aushandlungsprozesse sind allgemeingültige und für alle verständliche „Regularien“ erforderlich, deren Erarbeitung selbst ein Teil der Bündnisarbeit ist. Diese selbst auferlegten Steuerungsmechanismen und Regeln müssen „sich auf Toleranz, Anerkennung der Unterschiede, offene Zugänge, unterschiedliche Räume, konsensuale Verfahren des Interessensausgleichs ebenso stützen wie auf verlässliche Absprachen, ohne die Souveränität der AkteurInnen in anderen Fragen einzuschränken“ (Hildebrandt 2007, 36f.). Wenn Bündnisarbeit auf Gleichwertigkeit und Partizipation beruhen soll, sind transparente Arbeitsteilung sowie ein „solidarischer Umgang mit verschiedenen Ressourcen wie Wissen, Organisationskraft, Geld etc.“ „grundlegende Voraussetzung“ (Hildebrandt 2007, 36f.; vgl. ähnlich Raschke 1987, 340).

Bündnisse sind als umkämpfte politische Territorien gleicher, graduell unterschiedlicher bis gegensätzlicher Belange zu verstehen, die sich keineswegs harmonisch zueinander verhalten und sich prozedural wie auch über das gemeinsame politische Handeln herstellen:

Sie sind das Ergebnis politischer Aushandlungsprozesse von gleichen, verschiedenen und zum Teil gegensätzlichen Interessen. Bündnisse müssen sich im Handeln immer neu reproduzieren und dürfen nicht unnötig überfordert werden. Das gilt auch für die Wahl der Aktionsformen. (Hildebrand 2007, 37)

In angloamerikanischen Texten werden linke sowie feministische politische Bündnisse und Bündnispolitik v.a. mit dem Begriff „coalition“ diskutiert (z.B. Levi/Murphy 2006; McGrath 2007; Gilmore 2008). In der deutschsprachigen Debatte ist der Begriff der „Koalition“ dagegen zumeist eng mit Regierungspolitik verbunden. Für soziale Bewegungen ist er eher nicht gebräuchlich bzw. wird teilweise sogar von diesen abgegrenzt (z.B. Kropp 2001, 77).

Im Folgenden werden weitere, vertiefende theoretische Überlegungen⁹ vorgestellt, die insbesondere aus empirischen Studien resultieren: zu interpersonalen Koalitionen und zu Bündnissen von Bewegungsorganisationen – beide Varianten, so die Prämisse, sind auf den Widerstandscamps explizit oder implizit zu erwarten.

In einer Feldstudie setzen sich Wolfgang Sofsky und Rainer Paris mit interpersonalen Koalitionen am Beispiel von Verwaltungshandeln mit dem Phänomen „Koalition“ als einer elementaren „Machtkonfiguration“ auseinander, um auf diese Weise die Dynamik von Machtprozessen nicht aus der Art der Machtinstrumente, sondern „aus dem sozialen Verhältnis selbst“ zu rekonstruieren (Sofsky/Paris 1991, 12, 187–285). Das Autorenduo verweist dabei neben der „Macht durch Kooperation“ (Sofsky/Paris 1991, 13) ausdrücklich auf die Prozesshaftigkeit von Koalitionen. Ein statisches Bild von Bündniszusammengehörigkeit greift zu kurz, da AkteurInnen Koalitionen unter bestimmten Bedingungen in Gang setzen, sie erhalten, aber auch wieder abbrechen können (vgl. Sofsky/Paris 1991, 205). Um zu entstehen, bedürfen Bündnisse „Verbindungsleitungen“, die gegenseitige Erreichbarkeit stiften; im Bündnisprozess werden (auch vermittelte) Kanäle der Kommunikation benötigt (Sofsky/Paris 1991, 206). Je umfassender und/oder größer ein Bündnisnetz ist, umso dringlicher wird der institutionelle Unterbau in Form eines Koalitionsapparates. Zur Erhaltung des Bündnisses bedarf es Organisation: neben der geteilten Arbeit, Verfahren etwa zur Abstimmung sowie zur Konsultation und der Einrichtung von Koordinationsgremien. „Beziehungskanäle sind [...] unverzichtbar“, da sich ohne sie kein Vertrauen und kein Gefühl der Gemeinsamkeit einstellt (Sofsky/Paris 1991, 191, 207). Die „Grade der Gemeinsamkeit“ in Koalitionen variieren; wenn es „um die Wirkung nach außen geht“ und damit um einen thematischen Fokus auf ein „sinnhaftes Zentrum“, ist nicht die „innere Verbindung“, sondern die „Verbindlichkeit der Verbindung“ relevant (Sofsky/Paris 1991, 189, 250). Dabei beruhen Bündnisse „auf gemeinsamen Interessen, nicht auf Gemeinsamkeit der Interessen“ (Sofsky/Paris 1991, 190). Die KoalitionärInnen strategischer Koalitionen agieren nach dem „Primat der Außenbeziehung“, die „vornehmlich gegen etwas, nicht für etwas sind“ und halten sich „eher an den äußeren Widerspruch als an die innere Übereinstimmung“: Die Ziele sind oft „diffus“ formuliert, damit sie möglichst dehnbar und dadurch inhaltlich flexibler gestaltbar sind: „Die Kompromisse, die dabei erzielt werden, blenden vielerlei aus und werden im Verlauf des politischen Prozesses häufig umgedeutet oder verändert“ (Sofsky/Paris 1991, 189f.). So vage gemeinsame Themen und Ziele zu Beginn auch sein mögen, mittelfristig werden „strategische Essential[s]“, Handlungsziele von „höchstem Geltungsgrad“

entwickelt; an sie heftet sich ihr „Selbstverständnis innerhalb der politischen Figuration“ (Sofsky/Paris 1991, 256f.).

Als Konfliktfelder von Koalitionen lassen sich Ungewissheit, Ungleichheit und Unselbstständigkeit benennen. Die Autonomiefrage ist ein Strukturproblem, das sich „nur durch soziale Abstände, Arbeitsteilung und Toleranz“ lösen lässt (Sofsky/Paris 1991, 190f., 258–265). Soziale Konsistenz kann durch „strikte Egalisierung“ erreicht werden, denn diese Gleichheit vermeidet Konkurrenz und erschwert Elitenbildung innerhalb von Koalitionen (Sofsky/Paris 1991, 242f.; vgl. Hildebrandt 2007, 36f.).

Margaret Levi und Gillian H. Murphy (2006) entwickelten ihre theoretischen Überlegungen vor dem Hintergrund bestehender Ansätze und der Auswertung von empirischem Material über das Demonstrationsbündnis von Organisationen gegen die WTO-Konferenz in Seattle am 30. November 1999 als „Coalitions of Contention“. An diesem Protesttag gingen 50.000 Personen auf die Straße; viele von ihnen standen den über 200 teilnehmenden Organisationen nahe. Levi und Murphy sprechen von einem Willen und einer Fähigkeit, Unterschiede zu überwinden, um zu koalieren, sowie darüber hinaus auch von einer Bereitschaft, antizipierte Konflikte zu managen (vgl. Levi/Murphy 2006, 654ff.).

Bündnisse sind „cooperative arrangements“ für deren Erklärung gemeinsame organisatorische Interessen sowie *framing* zwar nötig, aber nicht hinreichend sind (Levi/Murphy 2006, 651, 658). Levi/Murphy (2006, 654) schlagen eine Definition vor, die aus den Kriterien Kooperation, Differenz, Potenzialität, Ressourcenteilung/-verbindung, Zugehörigkeit und Veränderung sowie – im Vergleich zu Hildebrandt, Raschke sowie Sofsky/Paris als explizit bedeutsamem Element – der Konfliktlösung besteht:

Coalitions of social movement organizations are collaborative, means-oriented arrangements that permit distinct organizational entities to pool resources in order to effect change. They have rules for resolving conflict and defining membership.

Die Arbeit von Koalitionen („[C]oalition work“) unterscheiden sie dabei explizit von gemeinsamen Aktivitäten wie Demonstrationen oder Lobbying, da solche Handlungsformen nicht unbedingt geteilte Ressourcen, Regeln für Konfliktmanagement oder Definitionen von Zugehörigkeit beinhalten. Besonders Regularien und das (glaubwürdige) Teilen von Arbeitsmitteln etc., das kollektive Vorteile verschafft (vgl. auch Hataway/Meyer 1993; 1994, 177f.), markieren ihnen zufolge sich bildende oder bereits bestehende Koalitionen (Levi/Murphy 2006, 654, 656, 669).

Die Frage nach dem Verlust der Autonomie und der Glaubwürdigkeit wird mit dem (erhofften) Nutzen des Bündnisses in Relation gesetzt. Die Datenauswertung zu den WTO-Protesten von Levi und Murphy (2006, 652, 654, 658, 669) hat die Rolle von Konfliktmanagement bekräftigt und darüber hinaus die Bedeutsamkeit von „trust relations“ als „primary devices“ bei der Bündnisbildung sowie „entrepreneurial brokering and bridge building“ gezeigt. Diese integrierenden MacherInnen („political entrepreneurs“) vermitteln zwischen konfliktualen Positionen (Levi/Murphy 2006, 656ff., 669; vgl. Sofsky/Paris 1991, 271).

Sofern vertrauensvolle persönliche Beziehungen in einem Bündnis zu Beginn kaum vorhanden sind, bedarf es eines institutionellen Arrangements, das u.a. aus zu entwickelnden Verfahren und Regeln besteht, um Vertrauen über das zukünftige Einhalten von versprochenen Verpflichtungen („commitments“), über bestehende Verbindlichkeit und hinsichtlich konstruktiver Konfliktlösung herzustellen (Levi/Murphy 2006, 652, 656ff.; Sofsky/Paris 1991, 207f.). Vertrauen („trust“) verstehen sie dabei in Anlehnung an K.S. Cook als die kognitive, auf Wahr-

nehmung beruhende Überzeugung der KoalitionspartnerInnen, dass die, mit denen sie interagieren, ihre Interessen ernst nehmen und kompetent für die anfallenden Arbeiten sind. Damit kann, so eine der zentralen Thesen von Margarete Levi und Gillian H. Murphy (2006, 657), Kooperation verstärkt werden.

Im Folgenden wird der konkrete Bündnischarakter¹⁰ der frühen Hunsrück-Camps untersucht.

2. Kontroverse Koalitionen

2.1 Reckershauser Bündnisarchitektur

Die frühen Hunsrück-Camps wiesen eine disparate Mobilisierung auf: Es fanden sich unterschiedliche Beteiligte zu einem zeitlich begrenzten Vor-Ort-Bündnis zusammen, um gemeinsam in und um Reckershausen, zu leben, politisch zu diskutieren und zu protestieren. Getragen wurde diese Allianz, anders als bei den erwähnten WTO-Protesten 1999, jedoch nicht von Organisationen, sondern – in unterschiedlicher, noch zu erforschender Gewichtung – von *Einzelpersonen*, *lokalen* autonomen *Gruppen* aus verschiedenen Städten, aus denen die Frauen kamen, von *regionalen* Aktivistinnen und Bündnissen etwa im Hunsrück, von *überregionalen* Netzwerken zwischen verschiedenen Städten und zudem von Frauen aus anderen Ländern wie Dänemark, Österreich und der Schweiz. Größtenteils waren es bereits politisierte und aktive Feministinnen. Einzelne Frauen kamen ausschließlich aus geschlechtergemischten Zusammenhängen und entdeckten feministische Perspektiven für sich erst mit den Camp-Aktivitäten (vgl. Handbuch 1983, 15; Gruppeninterview 2010; Leidinger 2010b; 2010c; Münchnerinnen 2011). Abgesehen von zentralen politischen Differenzen innerhalb eines weitgreifenden linksradikalen bis linksliberalen, alternativen Spektrums war die Hunsrücker Camp-Coalition insofern akteursstrukturell betrachtet (bewusst) politisch homogen, als sie ein explizit *autonomes* Bündnis jenseits von Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften darstellte; Mitgliedschaften Einzelner schloss dies selbstredend nicht aus.

2.2 Camp-Bündnis schmieden

Die Idee zu einem großen antimilitaristischen Frauencamp wurde auf der 6. Sommeruniversität für Frauen in Berlin Anfang Oktober 1982 erstmals in einer größeren (lesbisch-)feministischen Öffentlichkeit diskutiert (vgl. Leidinger 2010d). Hieran lässt sich die für die Bildung von Koalitionen wichtige Kommunikation wie auch die Existenz von Verbindungsleitungen manifestieren, die auf frauen- und lesbenbewegten Zusammenhängen sowie auf Netzwerken mit anderen sozialen Bewegungen basierten. Die damals noch weitverzweigte (lesbisch-)feministische Bewegungspresse sorgte für die nötige Mobilisierung zu den Camps (vgl. Leidinger 2010b).

2.2.1 Gemeinsames Ziel: Behindern oder Verhindern der Stationierung

Das Camp-Bündnis wurde in zahlreichen lokalen, regionalen und überregionalen Vorbereitungstreffen seit Dezember 1982 geschmiedet (vgl. Leidinger 2010b; 2010d). Zunächst wurden ge-

meinsame Interessen ausgelotet und ein Arbeitskonsens zu den Zielen sowie erste Gründungsprinzipien für die Hunsrückler Allianz erarbeitet.

Der bedeutsame Aspekt der Ressourcenteilung bzw. -verbindung und u.a. daraus resultierender Bündnisnutzen spielte bei der Bildung der Reckershauser Koalition vor allem bezüglich der Frage der Möglichkeit breiter Mobilisierung von Frauen und dem Zugewinn an Macht durch Kooperation eine Rolle. Ausschlaggebend war das gemeinsame Ziel, in einem neuralgischen Areal politisch zu handeln. Konkretes verbindendes Nein war es, gemeinsam gegen atomare Rüstung im Allgemeinen und gegen die geplante Stationierung im Hunsrück im Besonderen zu protestieren – mit behindernden oder verhindernden Aktionen. Wobei sich das Frauenbündnis als Teil eines weiteren Widerstandes – etwa seitens der regionalen Friedensbewegung im Hunsrück (vgl. Kagerbauer 2008) – begriff (vgl. Tagesschau 1983) und sich resultierend aus feministischen Analysen auch gegen alltägliche Gewalt richtete und dabei die Zusammenhänge zwischen Sexismus und Militarismus (weiter) auslotete (vgl. Frauenwiderstand 1985).

2.2.2 Grundsätze entwickeln

Während des ersten Plenums im Vorfeld des Camps wurde über konkretere „Ziele“ und „Frauenstandpunkte“ diskutiert. Die zentralen Stichpunkte dazu wurden verbindlich in einer „Handbuch“ genannten, im Vorfeld publizierten, 58-seitigen Informationsbroschüre zum ersten Camp 1983 veröffentlicht und damit manifestiert: „Ziele“: „– unsere Widerstandsformen entwickeln, – Öffentlichkeit schaffen gegen Stationierung der Mittelstreckenraketen, – den reibungslosen Ablauf der Stationierung stören, ver- oder behindern“; „Frauenstandpunkte“: „– ein Frauencamp soll stattfinden, – es soll für alle Frauen offen sein, – das Frauencamp richtet sich gegen Patriarchat und alltägliche Gewalt“ (Handbuch 1983, 1).

Während des dritten überregionalen Vorbereitungstreffens entstand ein Konflikt um anti-imperialistische Positionen.¹¹ In der Folge kam es zu „erneuten Auseinandersetzungen über Aktionen; Ängste und Mißtrauen beeinflussten die Stimmung“ (Handbuch 1983, 2, 5). Diese schwierige Situation im Prozess der Bündnisbildung wurde während des sechsten und letzten Vorbereitungstreffens einige Wochen vor dem Camp wahrscheinlich durch die Formulierung eines Grundsatzes zu konfliktualen Aktionsformen und deren Diskussion aufgefangen. Dieses strategische Essential konnte gleichermaßen zur Mobilisierung und Orientierung genutzt werden. Die von den Frauen sogenannte „Aussage“ lautete:

Die vom Camp aus geplanten Aktionen sollen so laufen, wie sie gemeinsam abgesprochen wurden. Einzelaktionen, die nicht im Camp abgesprochen wurden, sind 'ne eigenständige und eigenverantwortliche Sache, die auch nicht 'ne Aktion des Camps sein können. Gibt es Widersprüche und Kritik zu den Aktionen, die außerhalb des Rahmens vom Camp gelaufen sind, so war und ist und wird es uns wichtig sein, daß sie nicht zu Spaltungen und Distanzierungen führen. (Protokoll zit. n. Handbuch 1983, 12)

In diesem Gründungsprinzip expliziert sich der für die Bildung von Bündnissen notwendige Wille und die Fähigkeit zur Koalition sowie darüber hinaus auch die Bereitschaft, antizipierte Konflikte zu managen.

Das enge framing des Themas auf die Cruise-Missiles-Stationierung (beispielsweise im Vergleich zur Forderung nach einer Abschaffung der NATO) dürfte ein Teil der Verhandlungs-

arbeit von noch nicht identifizierten politischen Macherinnen und integrierenden Vermittlerinnen gewesen sein. Diese machten die politische Kompatibilität der Bündnispartnerinnen sichtbar und schlugen Brücken zwischen den sich besonders misstrauisch gegenüberstehenden Koalitionsflügeln.

Was sich offenbar bereits im Vorfeld des Camp-Bündnisses zeigte, war die besondere Bedeutung der Autonomie Einzelner bzw. einzelner Gruppen innerhalb der Allianz (vgl. Handbuch 1984, 52ff.). Dem Strukturproblem Selbstständigkeit bzw. Selbstbehauptung wurde hier sehr früh entgegengearbeitet. Dies deutet darauf hin, dass der Autonomieaspekt eine wichtige Rolle für die Bildung und den Erhalt der Hunsrücker Camp-Koalition spielte, was sich auch mit den immensen zu überbrückenden politischen Meinungsdivergenzen erklärt. Insofern lassen sich das in dieser Aussage gleichermaßen formulierte Autonomieversprechen und der Appell an die Gemeinsamkeit mithin als *commitment* im Frauenbündnis verstehen. Die nötige Glaubwürdigkeit dieses Versprechens entstand durch den Abdruck im ersten Camp-Handbuch, womit seine besondere Bedeutung hervorgehoben wurde und was als Teil eines institutionellen Arrangements interpretiert werden kann – neben den vorab existierenden persönlichen Vertrauensbeziehungen als primärem Element der Bündnisbildung. Das permanente Problem der Autonomie wird klassisch über Toleranz gelöst: In der vorab entwickelten Aussage zum Selbstverständnis des Camps beziehen sich die Frauen bereits implizit zur Frage verschiedener Aktionsformen auf toleranten Umgang miteinander. Rückblickend heißt es zu der in Rede stehenden Vorabaussage in der Dokumentation der ersten drei Camps:

Irre, eine „Richtlinie“, die eigentlich alles offenläßt, eigenverantwortliche Aktionen zwar beinhaltet, aber letztlich doch gemeinsam abgesprochene Aktionen anstrebt – der Konsens im Widerspruch. (Frauenwiderstand 1985, 112)

Hier zeigt sich das typische und nicht unwesentliche Phänomen bei der Bildung von Koalitionen, die sich am Primat der Außenbeziehung orientieren, nämlich eine Diffusität von Zielen, die der inhaltlichen Flexibilisierung im Rahmen der erzielten Kompromisse dient.

Eine Camp-Frau sieht für sich den Grundsatz darüber hinaus vor dem Hintergrund ihres Anspruchs an Gemeinsamkeit, an kollektives politisches Handeln als besonders herausfordernden Spagat zwischen Autonomie und Kollektivität. Damit trifft sie auch Aussagen über die soziale Konsistenz des Bündnisses und die nötige Flexibilität in der Bewertung von Protesthandlungen:

Diese gemeinsame Aussage bedeutete für mich eine ungeheure Herausforderung im Camp [...]: Zusammenleben, einen gemeinsamen Prozeß eingehen und doch Pläne, Aktionen einzelner Frauen nicht als Bruch, als Abkehr vom gemeinsamen Handeln, zu erleben. (Handbuch 1984, 52)

Ein weiterer Aspekt des Arbeitskonsenses, der zumindest in den ersten beiden Camp-Jahren von den Bündnispartnerinnen prinzipiell ausgehandelt wurde, war die Vermittelbarkeit der vom Camp ausgehenden Aktionen an die Hunsrücker Bevölkerung. Dies wurde als „eine Voraussetzung“ seitens der Hunsrückerinnen in das Bündnis eingebracht (vgl. Handbuch 1984, 12f., 20f.). Gleichsam im Gegenzug erhielten die anderen Kooperationspartnerinnen Zugang zu ideellen Ressourcen in Form von Kontakten, Wissen über Infrastruktur, Vor-Ort-Verhandlungen usw. (vgl. Handbuch 1983, 4ff.). Die Hunsrückerinnen wollten selbstredend auch nach dem Camp noch in der Region

leben und politisch arbeiten. An der Vermittlungsfrage entzündete sich während der Vorbereitung des zweiten Camps ein Konflikt. Er illustriert, dass die Einhaltung auch von geteilten Übereinkünften nicht selbstverständlich ist, sondern durchaus eingefordert werden muss: In einem offenen Brief schrieben die beteiligten Hunsrückerinnen, dass sie den „Eindruck“ gewannen, „daß unser Anliegen [die Vermittlung des Widerstands, C.L.] noch nicht ernsthaft genug angegangen wurde oder nicht gut genug vermittelt wurde“ (Brief zit. n. Handbuch 1984, 20f.). Als impliziten Kompromiss boten die Hunsrückerinnen dem Bündnis an, dass es ihnen genüge, wenn es im „Interesse der Mehrheit der Campfrauen ist, unseren Widerstand zu vermitteln“ – einzelne Camperinnen, die den Vermittlungsaspekt nicht mittragen, sind für sie noch kein Grund sich zurückzuziehen. Hier zeigt sich: Eine Koalition ist nur als sozialer Prozess *und* in seiner Kontingenz zu verstehen, da das Bündnis fragil ist und immer wieder auf dem Prüfstand steht. Ein Bündnis zu beleben und es zu erhalten, ist eine *eigene* Form von Arbeit, die Allianzen leisten müssen.

2.3 Camp-Bündnisbildung und -Arbeit als kontingenter, sozialer Prozess

Zur besonders konfliktualen Frage der Aktionsvorbereitung einigten sich die Frauen im Vorfeld des zweiten Widerstandscamps 1984 auf einen neuen Konsens, an dem sich auch exemplarisch die Kontingenz und Prozesshaftigkeit des Camp-Bündnisses einerseits und der Koalitionsarbeit andererseits zeigt: Die Protestaktionen sollten nicht mehr wie zuvor in den (zumeist städtisch organisierten) „Bezugsgruppen“, sondern in konkreten „Aktionsgruppen“ entschieden werden, wodurch eine stärker dezentrale Struktur des Camps entstand (Handbuch 1983, 41; Frauenwiderstand 1985, 118). Diese Übereinkunft galt für zehn Hunsrücker Camp-Jahre.

2.3.1 Konflikte lösen

Die aus der politischen Breite des Frauenbündnisses resultierenden Auseinandersetzungen werden als ausufernd, mitunter zermürend sowie als „sehr kontrovers“, „hart“ und „dogmatisch“ charakterisiert. Illustrierend schildert Christel Kaestner die Debatte zum ersten Camp-Aktionswochenende 1983 zur Frage der Besetzung militärischen Sperrgebiets. Die disparaten Aktionsvorstellungen reichten von Vor-dem-Tor-Protesten bis hin zu längeren Besetzungen des Bauplatzes:

So geht das eine Woche lang, bis wir uns schließlich auf „eine Stunde“ in Verbindung mit „vor dem Tor“ einigen. Keine Frau hat die Macht, ihren Standpunkt gegen den Willen der anderen Frauen durchzusetzen; es bleibt jeder Frau überlassen, wie sie die Stunde auf dem Gelände für sich nutzt. Trotz meiner angespannten Nerven bin ich zufrieden mit dem Ergebnis. (Frauenwiderstand 1985, 148f.)

Die Abwesenheit von Macht als Chance zur Willensdurchsetzung im Max Weber'schen Sinne (vgl. Weber 1984, 89) wird hier positiv hervorgehoben. Darin spiegeln sich gleichermaßen zeit-historische feministische Machtkritiken wie Gewaltanalysen der Frauen- und Lesbenbewegung Anfang der 1980er-Jahre.¹² Die Bedeutung bemisst sich auch daran, „unter Frauen“ patriarchale Muster und Erfahrungen nicht wiederholen zu wollen, die den Aktivistinnen sattsam aus geschlechtergemischten Zusammenhängen bekannt waren. Darüber hinaus zeigt sich an dieser

Aussage zudem der Charakter des Bündnisses als eines unter politisch Gleichen und verdeutlicht die soziale Konsistenz. Diese wurde durch eine strikte Egalisierung umgesetzt. Der implizit in den Ausführungen von Christel Kaestner angesprochene Konsens zum Nebeneinander – statt der vorherigen Diskussion eines alternativen, sich ausschließenden Gegeneinanders – verschiedener Möglichkeiten des Protests führte zu einem für viele, vielleicht sogar alle, akzeptablen Kompromiss innerhalb des Camp-Bündnisses. Diese erarbeitete Veränderung wurde als „gemeinsame[s] Konzept“, als „umfassende neue Orientierung“ wahrgenommen (Frauenwiderstand 1985, 113) und kann als ein neues Gründungsprinzip gelten.

Um die entstehenden Konflikte in politischen Diskussionen abzufedern, zu lösen oder diesen gar präventiv begegnen zu können, wurden vom Camp-Bündnis verschiedene Verfahren und Regeln als Teil eines institutionalisierten Arrangements entwickelt.

Die deutlichen politischen Differenzen in dem breiten Frauenbündnis traten in den Debatten offen zutage und bargen ein immenses Konfliktpotenzial, das sich im Campalltag mit seinen zahlreichen Diskussionen gerade bei besonders heiklen Themen wie „Gewalt“ als sprengend hätte erweisen können (vgl. Gruppeninterview 2010).

Die gemeinsam erarbeiteten bzw. gewählten verschiedenen Diskussionsverfahren für das Camp- wie Plenumsteilung in Publikum und Diskutantinnen oder auch Kleingruppen mit anschließender Rückvermittlung ins Plenum – konnten klassische Probleme und daraus folgende Konflikte wie die bisweilen mangelnde Bereitschaft zuzuhören und reflexartige Reaktionen, „das Übereinanderherfallen strukturell aus[zuh]hebeln“; sie brachten „mehr Ruhe“ in die Situationen und ermöglichten konstruktive/re Debatten. Um die Vermittlungsqualität und -quantität kontroverser Standpunkte zu stärken, wurden teilweise die meist fünf Personen umfassenden „Kleingruppen nicht homogen besetzt“, sondern repräsentierten unterschiedliche politische Meinungen.

Vertrauensvolle persönliche Beziehungen existierten im Hunsrück-Bündnis zu Beginn bestenfalls über die städtischen Bezugsgruppen. Insofern bedurfte es auch hier eines institutionellen Arrangements, um Vertrauen über das zukünftige Einhalten von versprochenen Verpflichtungen, über bestehende Verbindlichkeit und hinsichtlich konstruktiver Konfliktlösung herzustellen. Neben dem Handbuch und den erläuterten Kommunikationsstrukturen sind für die Hunsrück-Camps als Koordinationsgremien und als Kommunikationskanäle zu nennen: das Konsensprinzip, die Vetomöglichkeit, die Struktur in Bezugsgruppen (zunächst durch Herkunftsstädte/-regionen, dann territorial via zugeordneter Küchenzelte auf dem Camp) sowie ab 1984 die Aktionsgruppen zur dezentraleren Entscheidungsfindung über Formen des Protests, außerdem das Delegiertenprinzip in den Sprecherinnenrat als Gremium des Austauschs auf dem Camp (mindestens eine pro Gruppe).

Eine wichtige Rolle, politische Konflikte konstruktiv auszutragen, hat neben den Diskussionsverfahren sicherlich sich bildendes Vertrauen gespielt. Vertrauen wurde durch das Camp-Leben potenziell befördert, etwa in dem es näheres Kennenlernen der Camperinnen ermöglichte. Dies zeigte sich auch in Veränderungen im sozialen Kontakt, was wiederum positiv auf den Umgang mit Meinungsdifferenzen rückwirkte. Der notwendige Wille zum Bündnis wird dabei in Formulierungen wie „ungeheure[s] Bemühen[s]“, politische Meinungsunterschiede „mit- und nebeneinander leben und entwickeln lassen zu können“ deutlich (Frauenwiderstand 1985, 125, 157; vgl. Gruppeninterview 2010); dies referenziert auch auf die Bündnisarbeit und den sozialen Prozess der Allianz generell.

Ein Anzeichen für die – Kooperation verstärkende – Existenz von Vertrauen in die Kompetenzen, Interessenwahrung und Ressourcenteilung ist das bereits nach dem ersten Zeltlager entstandene bundesweite Camp-Netz (vgl. Frauenwiderstand 1985, 125, 157).

Als zentrale Basis der hier geschilderten kommunikativen Umgangsweisen mit Konflikten und des sich bildenden Vertrauens wird explizit noch ein anderer Aspekt genannt, der die Bereitschaft dazu und die Umsetzung der Konfliktlösungsvarianten substanziell vergrößert hat: das Camp-Leben selbst. Dadurch kommt dem gemeinschaftlichen Campieren als „Mittel zum Zweck“ (Koppert 2010) eine besondere Rolle für das prozessuale Bündnis und die Bündnisarbeit zu.

2.3.2 Zusammenleben auf dem Camp als Bündnismotor

Das gemeinsame Leben auf dem Camp und das daraus resultierende Miteinander – auch in Alltagssituationen wie Holz sammeln oder Kochen – war eine Form von gemeinsamem Alltagshandeln, die möglicherweise besonders auf die Einzelnen, bisher nur anpolitisierten Frauen sogar mobilisierend wirkte. Diese Alltagskollektivität birgt ein *eigenes* Potenzial für den produktiven Umgang mit individueller Unterschiedlichkeit und beugt Genervtheiten und daraus folgende Ablehnung vor: „Ich glaube auch, dass das viel Zusammenleben dazu geführt hat, ... das was ja sonst eher so war, ... also nicht nur zu denken, ... ich finde das inhaltlich anders, sondern auch zu denken [stöhnt auf]“. Dieses Potenzial alltäglichen gemeinsamen Handelns konnte bei den – ersten – Hunsrück-Camps offenbar größtenteils produktiv genutzt werden: Dreh- und Angelpunkte waren gegenseitiger Respekt, Wertschätzung, Akzeptanz in Unterschiedlichkeit statt falsch verstandener Egalisierung: „... aber auch trotzdem die Unterschiede, und ich glaube, dass das auch die Herausforderung ist, die immer sehr schwierig im Camp war, ... nicht alles gleich machen zu können und zu akzeptieren, dass wir unterschiedlich bleiben an manchen Punkten“. Wichtig war es des Weiteren, „neugierig“ zu sein gegenüber den Frauen, die eine konträre politische Position vertreten, was oftmals Verallgemeinerungen wie auch Stereotype und vor allem unproduktive, reflexartige und damit vorschnelle Abwehrreaktionen („zumindestens nicht schon mal von vorneherein zu denken, die anderen sind völlig bescheuert“) und Abwertungen („so Abfälligkeiten“) verhindern konnte.

Durch das Camp bedingte Zusammenleben entwickelten die Frauen einen breiten Beziehungskanal, durch den Zeichen der Anerkennung und Nähe, beides Voraussetzungen für Vertrauen, wie auch Gefühle der Gemeinsamkeit gesendet werden konnten. Gemeinsamkeit stellte sich in den ersten Jahren – außer über geteilte, aber dennoch unterschiedliche feministische politische Identitäten und damit in Zusammenhang stehender Unzufriedenheit mit den Möglichkeiten in anderen Bewegungen wie auch der Marginalisierung politischer Protestaktionen in der Frauen- und Lesbenbewegung selbst (vgl. Handbuch 1983, 1; Frauenwiderstand 1985, 148; Münchnerinnen 2011) – konkret durch einen äußeren politischen „Gegner“, die Raketenstationierung in Hasselbach her. Politische Differenzen konnten mit diesem zentralen Fokus stehen bleiben, relativierten sich oder wurden im Idealfall irrelevant, wie die ehemalige Camp-Frau Claudia Koppert (2010) zuspitzt: „Ich musste die unterschiedlichen Frauen in ihren politischen Vorstellungen oder auch persönlich nicht schätzen, um ihre Auseinandersetzung mit Hasselbach zu schätzen.“

Ein weiterer Aspekt, der eng mit dem Prinzip des Campings zusammenhängt, war das Potenzial, die teils kontroversen Aktionen unmittelbar – kognitiv und emotional – reflektieren und ggf. gegensteuern zu können: „hier gab es eigentlich immer das zeitnahe Aufarbeiten, ... wie hat es geklappt, was hat nicht geklappt, wie ist es jeder gegangen und was wünscht man sich für eine Veränderung“.

Das intensive gemeinsame Camp-Leben, so zeigte sich bereits mehrfach, hatte neben der gemeinsamen „Alltagsebene“ als zusammenführendem Element auch seine risikobehaftete

Kehrseite und entsprechende Sprengkraft: beispielsweise viel Zeit für die Eskalation von konfliktualen Debatten, was durch die räumliche Nähe der Beteiligten auf dem Camp und die fehlende oder mangelnde Ausweichmöglichkeit potenziell befördert werden konnte. Gegenüber den politischen Auseinandersetzungen auf dem Camp, die die Frauen „trennten“, benennt eine Teilnehmerin des Gruppeninterviews die „Aktionsebene“ der ersten Jahre als explizit verbindendes Element. Denn durch die Gemeinsamkeit in der nach außen gerichteten Aktion konnte wieder eine Verbindung nach innen geschaffen – oder auch erneut sichtbar gemacht – werden: „und dann zu sehen, wir können dann trotzdem rausgehen [vorher „erbitterte Diskussionen führen“] und was damit machen“. Das Auseinanderstreben durch die inhaltlichen Differenzen in den Debatten konnte auf diese Weise abstrahierend und relativierend gesehen werden: „das hat das Ganze auch noch mal ein bißchen entschärft oder auf eine andere Ebene wieder gebracht“. Im Idealfall wurden politische Konflikte dadurch sogar abgeschwächt, zumindest wirkten sie nicht mehr (zwingend) spaltend.

Die Teilnehmerinnen berichten darüber hinaus von einer durch das gemeinsame Dauer-Camping entstehenden Aufgeschlossenheit. Diese erstreckte sich auf die Diskussionen und die Aktionsformen, überwand Unvereinbarkeiten und machte das Camp zu einem persönlichen Experimentierfeld:

Was ich durch das Zusammenleben auch fand, was möglich war; ... sich mal in dem Anderen ein bißchen ausprobieren ohne sich gleich richtig entscheiden müssen, ... einfach so ein Reinschnuppern können ... es war nicht so ein entweder-oder.

Zeitnahe Quellen benennen mit dem rückblickenden Gruppeninterview übereinstimmend explizit die „Möglichkeit für uns auszuprobieren“ als ein Merkmal des Camps (Frauenwiderstand 1985, 112). Im Hunsrück kamen aufgrund der politischen Breite des frühen Bündnisses Frauen mit sehr unterschiedlichen Aktionserfahrungen zusammen und steckten sich gleichsam mit der Vielfalt der Möglichkeiten an. Ein Ergebnis, den Ermöglichungsraum Camp zu nutzen, war es, wenn Frauen sich erstmals an einer Manöverstörung auf Militärgelände beteiligten, oder auf dem anderen Ende der Aktionsskala, an einem spirituellen Vollmondritual (vgl. z.B. Ton-Dia-Schau 1983; Frauenwiderstand 1985, 145, 147, 155, 263f.).

Zu einer solchen Erweiterung des eigenen Protesthandlungspotenzials, aber auch zur Akzeptanz der Aktionsformen, die selbst nicht (oder nur in Ausnahmefällen) praktiziert wurden, bedurfte es emotionaler und kognitiver Sicherheit, durch die sich Vertrauen entwickelte. Schon im Verlaufe des ersten Camps wurde das Distanzierungsbedürfnis gegenüber anderen Aktionsformen, besonders zu Widerstand, den die Einzelne ablehnte, geringer (vgl. z.B. Frauenwiderstand 1985, 151ff.). Gewachsenes Vertrauen führte zu „ein bißchen mehr Sicherheit“ und umgekehrt, außerdem wuchs die Einschätzbarkeit dessen, was als (potenziell oder real) bedrohlich wahrgenommen wurde, was das Sicherheitsgefühl verstärkte. Auf diese Weise entledigten sich die ersten Camperinnen gleichsam dem Konfliktfeld „Ungewissheit“ in Bündnissen.

Ein Teil der sich entwickelnden Sicherheit der Camp-Frauen dürfte dabei auch darauf zurückzuführen sein, dass „klare Grenzen“ von denjenigen gesteckt waren, „die eher so ein straightes politisches Ziel hatten“, worauf sich die Bündnispartnerinnen – unausgesprochen – verlassen konnten: Physische Gewalt gegen Personen wurde ebenso ausgeschlossen wie größere Anschläge als Aktionsformen; der Einsatz von „Sprengstoff“ wäre „tabu“ gewesen. Diese (ebenfalls Camp basierte) Klarheit verschuf den Beteiligten Sicherheit, aus der reduzierte Ängste wie eine gewisse Gelassenheit auch im Umgang mit den immensen politischen Unter-

schieden resultiert haben dürften. Die Sicherheit wirkte jedenfalls auf die soziale Konsistenz des Camp-Bündnisses zurück. Es kam zu einer Befriedung auf der Grundlage eines sozialen „Zusammenhangs“: „das hat auch ein bißchen, diese, ich würde jetzt schon sagen, die Fronten aufgeweicht“.

Besonders die weit auseinander liegenden Positionen wie radikaler, „nicht als gewaltfrei bezeichnete[r] Widerstand“ (bspw. Sabotageakte) und spirituelle Politikformen (bspw. Energiekreise) standen sich zu Beginn eher unversöhnlich gegenüber (vgl. z.B. Frauenwiderstand 1985, 135, 147; Gruppeninterview 2010). Dies zeigte sich in – mutmaßlich wechselseitiger – mangelnder Anerkennung der Aktionsformen. Auch hier sorgte das Camp-Prinzip und der damit verbundene Faktor des gemeinsamen Lebens und dem daraus resultierenden Potenzial für eine positive Entwicklung. Dabei kam es sogar zu überraschenden Veränderungen im politischen Handeln von Einzelnen bzw. bei Gruppenaktionen: „da sind Übergänge geschaffen worden, so ... dass sowohl von der einen Seite, als auch von der anderen Seite einfach Elemente davon in die Richtung übernommen worden sind oder akzeptiert worden sind“. Während beispielsweise eine Gruppe Bauzäune durchschnitt und auf dem Gelände Parolen sprühte, bildete eine andere Gruppe zum Schutz anderenorts einen Energiekreis. Beide Varianten waren akzeptiert, versicherten sich gleichsam einander und schufen so Übergänge (vgl. Gruppeninterview 2010; Münchnerinnen 2011).

Diese Überbrückungsweisen von der Akzeptanz bis hin zur Übernahme von Aktionselementen waren ein Potenzial, andere politische Gegensätzlichkeiten, also nicht nur die Frage der Protest- und Widerstandsformen, sondern auch die Staats- und Gesellschaftsanalysen, ebenso anzunähern.

Die verschiedenen hier angesprochenen Aspekte, die erst durch das gemeinsame Camp-Leben entstanden bzw. durch dieses verstärkt werden konnten, wirkten sich wie gezeigt als Motor für Bündnis aus.

3. Breite Bündnisse im politischen Laboratorium Camp

Alle erläuterten Kennzeichen und Kriterien aus den theoretischen Überlegungen zu Bündnissen lassen sich auch auf den *frühen* Camps im Hunsrück nachweisen. Unberücksichtigt blieben dabei jedoch zusammengefasst folgende Dimensionen: feministische politische Identitäten als Gemeinsamkeit, Intensität des Zusammenlebens, kollektives Alltagshandeln als Basis für den Umgang mit Unterschiedlichkeiten und für Konfliktlösungen, Kontingenz des Bündnisprozesses, Schaffung von Übergängen und von Sicherheiten, unmittelbare kognitive und emotionale Reflektion von Aktionen, Aktionsebene als Ausgleich für interne, auf Meinungsdifferenzen beruhende Konflikte, Experimentierfeld Camp, Aktionsgrenzen, persönliche Ausweitung des Aktionsrepertoires.

Als weitere Charakteristika von emanzipativer Bündnispolitik sind auf der Grundlage der empirischen Analyse der frühen Hunsrück-Camps verschiedene, darüber hinausreichende Kennzeichen benennbar, konkretisierbar und interpretierbar. Dazu gehören als wesentliche Besonderheit, *spezifische Kennzeichen von feministischen Camp-Bündnissen*, die teilweise auch auf feministische Bündnisse Anfang der 1980er-Jahre zutreffen dürften, die jenseits von Camps geschmiedet wurden.

3.1 Spezifische Kennzeichen feministischer Camp-Bündnisse

Grundlegend für die politischen Analysen und das politische Handeln des Frauenbündnisses waren die verschiedenen *feministischen Perspektiven* auf Militär, Krieg und Alltagsgewalt, auf denen auch die *feministischen politischen Identitäten* der Beteiligten fußten. Diese waren die verbindende Klammer für die eigentlich antagonistische Koalition (vgl. Sofsky/Paris 1991, 194) der Frauen, in der trotz extremer Gegensätze und Kontroversen gemeinsame Sache gemacht wurde. Damit illustrieren die *frühen Camps* die Vielfältigkeit feministischer Strömungen in der Frauen- und Lesbenbewegung Anfang/Mitte der 1980er-Jahre in der BRD, deren Patriarchatsvorstellungen bspw. weit über männliche Herrschaft/Sexismus hinausgingen und u.a. Rassismus wie Imperialismus einschlossen (vgl. Frauenwiderstand 1985, 47; Frauen, die kämpfen 1988, 85, 294f.; Leidinger 2010a, 25; 2010b, 48).

Des Weiteren sind der *Separatismus* von Frauen, Lesben, Mädchen und Jungs (mit wechselnder Altersbegrenzung) sowie von einer Transfrau während eines der ersten Camps und in der Vorbereitung (vgl. Inge/Maria 2010) außerdem die *visionären, utopischen Ziele* der Frauen mit verantwortungsbewusster (*Camp-)*Alltagsrelevanz zu nennen (vgl. auch Leidinger 2010b). Hier unterscheidet sich die Hunsrücker Koalition zum einen von geschlechtergemischten Camps (vgl. Gruppeninterview 2010) und zum anderen von dem für Bündnisse allgemein konstatierten Primat der Außenbeziehung strategischer Kooperationen. Erklärter Anspruch des bzw. der Hunsrück-Camps war es, gemeinsam – auf der Basis der Diskussionen um eine „Frauen-Stadt“ und um eine „Frauenland-Utopie“ (Handbuch 1983, 23; Handbuch 1984, 6f., 17f.) – gemeinsam etwas Positives, gleichsam Neues zu entwickeln und auch im Rahmen der Camps individuell und kollektiv mit dem stets verantwortungsbewussten Ziel zu leben, „dass die Veränderung jetzt anfängt und nicht nach der Revolution“. Diese utopische Strategie der Veränderungen im Alltag, von Alltagspolitik, *prefigurative politics*, geht auf eine lange historische Tradition frühsozialistischer und -anarchistischer Provenienz zurück und wird mit der Perspektive „Der Weg ist das Ziel“ und einer Demokratisierung bzw. Revolutionierung auch alltäglicher Lebensbereiche verbunden (vgl. z.B. Poldervaart 2009, 112f.; Leach 2011; 2012).

Die Konfliktbearbeitung der ersten Frauen-Camps weist „idealtypische Konturen“ eines „Verhaltenskodex“ zu „Prinzipien von Entscheidung“ und „persönlicher Entfaltung“ sowie von Grenzen der Freiheit auf, wie sie in feministischen Utopien beschrieben wurden (Holland-Cunz 1990, insb. 76f.). Zu den Freiheitsgrenzen zählt auch die „Anerkennung der Natur als Leben“ (Holland-Cunz 1990, 77), die sich im alltäglichen verantwortungsbewussten Umgang mit Ressourcen auf den Camps etwa bei der Müllentsorgung zeigte. Die Camp-Konflikte der ersten Jahre werden mit einer „Praxisethik des Muts und der Ermutigung“ (Holland-Cunz 1990, 79) individuell-ethisch und sozial-ethisch zu lösen versucht. Der in feministischen Utopien beschriebene „Mut zur abweichenden Meinung nach innen und außen“ (Holland-Cunz 1990, 79) erwies sich auch bei den Camps als politisch äußerst produktiv und brach (entlang der feministisch-utopischen Narrationen) Versuche „repressive[r] Harmonisierung“ und „Vernichtung durch Entwertung“ (Holland-Cunz 1990, 79) auf. Eine nicht unwesentliche Rolle spielte dabei *Erotik*, nicht verstanden als primär sexuell, sondern als positive Intensität *zwischen Frauen*, die für feministische Öffentlichkeiten in den 1970er- und teils noch in den 1980er-Jahren hervorgehoben wird (vgl. z.B. Holland-Cunz 1990, 72; Lorde 1991). Die Atmosphäre des Zusammenlebens in den Camps wird explizit als erotisch in diesem Sinne beschrieben und verhalf über inhaltliche Differenzen hinweg (vgl. z.B. Frauenwiderstand 1985, 153).

3.2 Camps als territorial basierte, temporäre, reflexive Organisations-, Mobilisierungs-, Partizipations-, Handlungs- und Protestformen

Die Vorbereitung, Errichtung und Durchführung eines Camps ist an sich eine Form sozialer Partizipation sowie von politischem Handeln von kollektiven AkteurInnen. Sozial partizipativ (vgl. z.B. Roßteutscher 2009, 163, 165) war das Zusammenleben und das daraus resultierende gemeinsame Alltagshandeln, da es kollektiv bzw. kollektiv ausgerichtet war, dabei war es zwar nicht explizit politisch motiviert, reichte aber über die private Sphäre hinaus und konnte mobilisierend wirken.

Die zeitlich begrenzte, aber bewusste und konfrontative Nähe zu einem neuralgischen Ort zeigt den Protestcharakter des Camps sowie Übereinstimmungen mit der Protest- und Politikform einer Dauermahnwache. In der Organisation eines politischen, nach außen gerichteten Camps drückt sich per se bereits öffentlicher Protest aus – nicht erst durch die konkreten Aktionen, die von den Zeltlagern ausgehen. Die organisatorischen Aspekte bei solchen Camps sind nicht auf den str/eng politischen Bereich (wie etwa Abstimmungsmodalitäten) beschränkt, sondern beziehen sich auch auf das zu koordinierende Alltagsleben und die politischen Diskussionen, die „gleichzeitig“ zu den kollektiven, politischen Handlungsformen zählen.

In der sozialen Bewegungsforschung wie auch in der zu politischen Bündnissen spielen solche Allianzen, die im Kontext von Camps praktiziert werden, kaum eine Rolle. Dies bedeutet, dass der Ort und das Forum der sozialen Organisation und Gemeinsamkeit nicht reflektiert werden. Camp-Bündnisse wie die frühen Frauenwiderstandscamps im Hunsrück lassen sich zusammenfassend als *offenes politisches Laboratorium* begreifen, als experimentelles (Utopie-)Forum und pluraler Ort für zugleich *territorial basierte, reflexive, temporäre Organisations-, Mobilisierungs-, Partizipations-, Handlungs- und Protestformen*.

In den erörterten Aspekten des Zusammenlebens auf dem Camp als Bündnismotor und dem ihnen eigenen Chancen- und Risikenpotenzial wird die strukturelle Signifikanz des Camps als Laboratorium auch und gerade für *politisch breite Bündnisse* deutlich. Als hinreichend dürfte sie sich mit Blick auf Bündnisse über Macht- und Herrschaftsverhältnisse wie Rassismus hinweg, jedoch nicht erweisen.

Die aktuelle Bedeutung politischen Campings im Kontext der Bewegungskämpfe für eine gerechte Globalisierung (z.B. „G8-Camps“) und von Antirassismus (z.B. „No border camps“) unterstreicht den weiteren Forschungsbedarf zu Bündnissen im Laboratorium Camp.

Wie Stephanie Gilmore bereits für die US-amerikanische Frauenbewegung konstatierte, ermöglicht der Blick auf Bündnisse, die über Macht- und Herrschaftsverhältnisse hinweg gebildet werden, ein komplexeres Verständnis (sicherlich nicht nur feministischer) Bewegungen (vgl. Gilmore 2008, 4) und fokussiert damit darüber hinaus die bislang vernachlässigten Binnenstrukturen von Bewegungen. Zudem zeigten sich in solchen Koalitionen Interdependenzen nicht nur auf der individuellen Ebene, sondern zugleich interpersonal bzw. auf der Gruppenebene (vgl. Gilmore 2008, 5) und öffnen zahlreiche neue Analysefelder für die Bewegungsforschung.

ANMERKUNGEN

- 1 Dieser Aufsatz und die dafür nötigen Recherchen wurden dankenswerterweise möglich durch finanzielle Unterstützung seitens Imedana. Institut für Medien- und Projektarbeit (Nürnberg) in Kooperation mit dem inzwischen aufgelösten Verein Frauentraum und Frauenwirklichkeit. Ich danke insbesondere Maria Finnemann sehr herzlich für ihre vielfältige Unterstützung, Gabriele Dennert, Jillian B. Suffner, Vanessa Tuttlies für ihre kritischen und hilfreichen

- Lektüren. Mein Dank gilt außerdem Simon Teune für seine Hinweise auf englischsprachige Literatur zu geschlechtergemischten Bündnissen.
- 2 Einer der ersten Bewegungstexte der BRD erschien im Oktober 1990 aus „der Differenz-Debatte“ heraus in der Lesbenzeitschrift „IHRSINN“ mit dem Themenschwerpunkt „Unterschiede“. Sabine Hark (1990, 55, 57) thematisiert darin „Bündnispolitik als ‚Politik der Differenz‘“ und fokussiert insbesondere feministische Strategien im Umgang mit Antisemitismus. Mit Bezug auf den ins Deutsche übersetzten Text „Schwesterlichkeit“ von bell hooks (1990) begreift Hark Bündnispolitik als den „Weg“, um zu „politische[r] Solidarität“ unter Frauen zu gelangen (Hark 1990, 44f., 55, 57f.). In dem für die bundesdeutsche Frauen- und Lesbenbewegung einschlägigen, aber auch darüber hinaus rezipierten Sammelband *Entfernte Verbindungen* wird im Editorial explizit die Motivation benannt, „einen Ansatz für Bündnispolitik“ finden zu wollen und von Dagmar Schultz für weiße Frauen thematisiert (Hügel et al. 1993, 13).
 - 3 Für die US-amerikanische Frauenbewegung im Kontext verschiedener Herrschaftsverhältnisse, weniger entlang anderer politischer Konfliktlinien vgl. Gilmore (2008).
 - 4 In den ersten Jahren lebten gleichzeitig durchschnittlich 200 Frauen auf der Camp-Wiese; zu den Aktionswochenenden kamen im Jahr 1983 600 bis 1000 angereist (vgl. Handbuch 1984, 3; Perincioli 1983; Ton-Dia-Schau 1983).
 - 5 Später veränderte sich der Charakter des Camps von politischen Aktionen gegen verschiedene Gewaltformen nach außen tendenziell hin zu ausschließlich nach innen gerichteter (ebenfalls politisch motivierter) „Selbsterfahrung“ im Kontext von sexualisierten Gewalterfahrungen (Gruppeninterview 2010; Leidinger 2010b).
 - 6 Alle folgenden, nicht näher gekennzeichneten Zitate sind aus dem Gruppeninterview (2010) transkribiert. An dem Gespräch mit der Autorin am 10.1. 2010 in Simmern nahmen Anne, Astrid, Christl, Dorothee, Inge, Maria, Martina, Pia und Ulrike (Hunsrück/Köln) teil.
 - 7 Die berechtigte und profunde feministische Kritik an der (N)SB-Forschung hinsichtlich ihrer Analyse der Frauenbewegung ficht dies nicht an, vgl. Dackweiler 1995.
 - 8 Die Frage der Instrumentalisierung ist in Überlegungen zu Koalitionen unabhängig von ihrer politischen Richtung strittig (vgl. Sofsky/Paris 1991, 203).
 - 9 Zur formalen Typologisierung von Bündnissen vgl. spieltheoretisch z.B. Gamson 1961; Überblick: Hataway/Meyer 1993/1994, 158–160; Levi/Murphy 2006; interpersonal: Sofsky/Paris 1991; Zweiertypologien: Levi/Murphy 2006, 194–205; McGrath 2007; Gilmore 2008, 6.
 - 10 Dabei ist zu bedenken, dass die Hunsrück-Camps jedes Jahr – trotz teils personeller Übereinstimmungen – unterschiedlich zusammengesetzt waren, was aber im Einzelnen nicht rekonstruierbar ist. Insofern gibt es nicht nur *ein* Hunsrück-Bündnis.
 - 11 Das dem Konflikt zugrunde liegende Papier von Frauen aus Frankfurt am Main (vgl. Handbuch 1983, 5) konnte bislang nicht gefunden werden; Hinweise sind willkommen.
 - 12 Diese Machtkritik ist noch unbeeinflusst von den später breiten feministischen Arendt- und Foucault-Rezeptionen. Zur Geschichte vgl. z.B. Maltry 1998. In anderen Debatten spielte auch Machtgewinn im Sinne von „Frauenmacht“ durch gemeinsames Handeln der Camperinnen eine Rolle, führt hier jedoch zu weit.

LITERATURVERZEICHNIS

- Albrecht*, Lisa Diane/Rose M. *Brewer* (1990). *Bridges of Power: Women's Multicultural Alliances*, Philadelphia.
- Dackweiler*, Regina (1995). *Ausgegrenzt und eingemeindet. Die neue Frauenbewegung im Blick der Sozialwissenschaftler*, Münster.
- Della Porta*, Donatella (2004). *Multiple Belongings, Tolerant Identities, and the Construction of ‚Another Politics‘: Between the European Social Forum and the Local Social Fora*, in: Donatella *Della Porta*/Sidney *Tarrow* (Hg.): *Transnational Protest and Global Activism*, Lanham, 175–202.
- Diani*, Mario/Ivano *Bison* (2004). *Organizations, coalitions, and movements*, in: *Theory and Society*, 33, 281–309.
- Fischer*, Simone (2007). *Lesbisch-feministischer Rassismus und Antirassismus in den 90er-Jahren*, in: Gabriele *Dennert*/Christiane *Leidinger*/Franziska *Rauchut* (Hg.): *In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben. Unter Mitarbeit von Stefanie Soine*, Berlin, 310–316.
- Frauen, die kämpfen* (1988). *Frauen, die kämpfen, sind Frauen, die leben: Ansätze zum revolutionären Frauen- und Lesbenkampf gegen Imperialismus und Patriarchat*, Zürich.
- Frauenwiderstand* (Hg.) (1985). *Frauenwiderstand im Hunsrück. Frauengeschichte(n) 1983–1985*, o.O.
- Gamson*, William A. (1961). *A Theory of Coalition Formation*, in: *American Sociological Review*, Vol. 26(3), 373–382.
- Genschel*, Corinna (2010). *Bewegender Streit. Verhältnis zu außerparlamentarischen Kräften bleibt offen*, in: ROSALUX. *Das Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, 2/2010, 18–19.

- Gilmore, Stephanie (Hg.) (2008). *Feminist Coalitions. Historical Perspectives on Second-Wave Feminism in the United States*, Urbana/Chicago.
- Handbuch (1983). Frauenwiderstandscamp Sommer '83, vom 15.7.–15.8. 83 in Reckershausen (Hunsrück), Juni 1983, 2. Aufl., Berlin.
- Handbuch (1984). Frauenwiderstand im Hunsrück vom 2.7.–31.8. 84, o.O.
- Hark, Sabine (1990). Wer spricht, wenn ich: „Ich bin...“ sage? Zum Verhältnis von Identitäten und Bündnispolitik, in: IHRSINN. eine radikal-feministische Lesbenzeitschrift, 2/1990, 43–60.
- Hathaway, Will/David S. Meyer (1994). Competition and Cooperation in Social Movement Coalitions: Lobbying for Peace in the 1980s, in: *Berkeley Journal of Sociology*, Vol. 38(1), 157–183.
- Hildebrandt, Cornelia (2007). Bündnispolitik, in: Ulrich Brand/Bettina Löscher/Stefan Thimmel (Hg.): *ABC der Alternativen. Von „Ästhetik des Widerstands“ bis „Ziviler Ungehorsam“*, Hamburg, 36–37.
- Holland-Cunz, Barbara (1990). Konturen einer politischen Ethik der Konfliktbearbeitung, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, 28, 71–81.
- hooks, bell (1990). Schwesterlichkeit: Politische Solidarität unter Frauen, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, 27, 77–92.
- Hügel, Ika/Chris Lange/May Ayim/Iлона Bubeck/Gülsen Aktas/Dagmar Schultz (Hg.) (1993). *Entfernte Verbindungen. Rassismus. Antisemitismus. Klassenunterdrückung*, Berlin.
- Inge/Maria (2010). Informationen von zwei ehemaligen Camp-Frauen (Unv. Mitschrift eines Gesprächs von Christiane Leidinger). 10./11.1. 2010, Steffenshof.
- Interventionistische Linke (2008). Dazwischen gehen! Texte zur Offenen Arbeitskonferenz der Interventionistischen Linken. Internet: http://www.akweb.de/ak_s/ak526/reader.htm (Zugriff 3/2010).
- Kagerbauer, Matthias (2008). Die Friedensbewegung in Rheinland-Pfalz. Der Hunsrück als Zentrum des Protests gegen die Nachrüstung. Magister-Arbeit Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Mainz. Internet: <http://www.pydna.de/MagisterarbeitKagerbauer/Magisterarbeit.htm> (Zugriff 1/2010).
- Koppert, Claudia (2010). o.T. (Unv. Antwortbrief vom 2.3. 2010 an Christiane Leidinger zur Auseinandersetzung um den Camp-Abschiedsbrief von 1987, 4 S.), Stapel.
- Kropp, Sabine (2001). Regieren in Koalitionen. Handlungsmuster und Entscheidungsbildung in deutschen Länderregierungen, Wiesbaden.
- Leach, Darcy K. (2011/12). Prefigurative Politics, in: David A. Snow et al. (ed.): *Encyclopedia of Social and Political Movements*, London (i.E.).
- Leidinger, Christiane (2010a). Frühe Debatten um Rassismus und Antisemitismus in der (Frauen- und) Lesbenbewegung in den 1980er Jahren in der BRD, in: Marcel Bois/Bernd Hüttner (Hg.): *Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken. Theorien und Bewegungen nach 1968, Rosa-Luxemburg-Stiftung*, Berlin, 24–29.
- Leidinger, Christiane (2010b). 11 Jahre Widerstand. Frauenwiderstandscamps in Reckershausen im Hunsrück von 1983 bis 1993, in: *W&F. Wissenschaft und Frieden*, 2/2010, 47–50.
- Leidinger, Christiane (2010c). Erste Auswertung der Antworten zum Fragebogen zu den Frauenwiderstandscamps im Hunsrück 1983–1993, Berlin, unv. Manuskript.
- Leidinger, Christiane (2010d). Chronologie der Frauenwiderstandscamps im Hunsrück, in: *W&F. Wissenschaft und Frieden*, 3/2010, 57–58.
- Levi, Margaret/Gillian H. Murphy (2006). Coalitions of Contention: The Case of the WTO Protests in Seattle, in: *Political Studies*, Vol. 54(4), 651–670.
- Lorde, Audre (1991 [1981]). Vom Nutzen unseres Ärgers, in: Dagmar Schultz (Hg.): *Audre Lorde und Adrienne Rich. Macht und Sinnlichkeit. Ausgewählte Texte*, Berlin, 97–108.
- Maltry, Karola (1998). Machtdiskurs und Herrschaftskritik im Feminismus, in: Peter Imbusch (Hg.): *Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien*, Opladen, 299–316.
- McGrath, Conor (2007). Coalition Building, in: Gary L. Anderson/Kathryn G. Herr (Hg.): *Encyclopedia of Activism and Social Justice*, London/Thousand Oaks/New Delhi. Internet: http://www.sage-ereference.com/activism/Article_n190.html (Zugriff 4/2010).
- Münchnerinnen (2011). Mitschrift mündlicher Informationen von drei ehemaligen Camperinnen aus München im Rahmen eines Vortrags der Autorin zu den Hunsrückcamps am 22.5. 2011 in München, Einladung des Forums Homosexualität und Geschichte München in Kooperation mit dem Kulturreferat der Stadt München und dem EineWelt-Haus.
- Perincioli, Christina [sic] (1983). Nike vor der Küchentür. Raketen im Hunsrück, in: *Courage, Berliner Frauenzeitung*, 7/1983, 8–10.
- Poldervaart, Saskia (2009). The Relationship between Anarchism, Utopianism and Feminism. Utopianism as a Strategy of Social Movements, in: Elizabeth Russell (Hg.): *Trans/forming Utopia. Vol. 1. Looking Forward to the End*, Oxford et al., 111–124.

- Raschke, Joachim* (1987 [1985]). *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*, Frankfurt am Main/New York.
- Reagon, Bernice Johnson* (1983). *Coalition Politics: Turning the Century*, in: Barbara *Smith* (Hg.): *Home Girls: A Black Feminist Anthology*, New York, 356–368.
- Rossteutscher, Sigrid* (2009). *Soziale Partizipation und Soziales Kapital*, in: Viktoria *Kaina/Andrea Römmele* (Hg.): *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Opladen/Wiesbaden, 163–180.
- Rucht, Dieter/Simon Teune/Mundo Yang*, (2007). *The Global Justice Movements in Germany*, in: Donatella *della Porta* (Hg.): *The Global Justice Movement: A Crossnational and Transnational Perspective*, Boulder, 157–183.
- Scheiffele, Peter* (2007). *Kooperation*, in: Ulrich *Brand/Bettina Lösch/Stefan Thimmel* (Hg.): *ABC der Alternativen. Von „Ästhetik des Widerstands“ bis „Ziviler Ungehorsam“*, Hamburg, 110–111.
- Sofsky, Wolfgang/Rainer Paris* (1991). *Figurationen sozialer Macht. Autorität, Stellvertretung, Koalition*, Opladen.
- Tagesschau* (1983). *Tagesschau-Nachricht zum Frauenwiderstandscamp im Hunsrück. 23.7. 1983, 20 Uhr. Bericht von Rutger Eicker* (NDR-Mitschnittservice).
- Ton-Dia-Schau* (1983). *Zum Hunsrück-Camp. o.O. (u.a. einsehbar im Frauenarchiv ausZeiten in Bochum)*.
- Weber, Max* (1984 [1960; 1921]). *Soziologische Grundbegriffe*, 6. Auflage, Tübingen.
- Wittner, Lawrence S.* (2003). *Toward Nuclear Abolition. A History of the World Nuclear Disarmament Movement, 1971 to the Present*, Stanford.

AUTORIN

Christiane LEIDINGER, Dr. rer. soc., Politikwissenschaftlerin, promovierte zu Medien und Globalisierung, freischaffende Autorin und Lehrbeauftragte, aktuelle Forschungsschwerpunkte: historische Biografik, alte und neue soziale Bewegungen, Widerstandskonzeptionen als Grenzüberschreitungen im 20. Jahrhundert. Letzte Monografie: *Keine Tochter aus gutem Hause – Johanna Elberskirchen (1864–1943)*. Konstanz: UVK 2008. Letzter Sammelband: *Handbuch alternative Medien 2011/2012. Printmedien, freie Radios, Archive & Verlage in der BRD, Österreich und der Schweiz*. Neu-Ulm: AG SPAK 2011, Hg. gemeinsam mit Bernd Hüttner und Gottfried Oy.

E-Mail: cleid@zedat.fu-berlin.de